

BAYERISCHER LANDKREISTAG

**KONSTITUIERENDE
LANDKREISVERSAMMLUNG
2026**

**GEMEINSAM GUT.
GEMEINSAM WEITER.**

POSITIONSPAPIER

HAUS DER BAYERISCHEN LANDKREISE



Landkreis Fürstenfeldbruck

STARKE LANDKREISE SICHERN EIN STARKES BAYERN

Die bayerischen Landkreise halten den Staat vor Ort am Laufen. Sie sichern Krankenhäuser und Rettungsdienst, modernisieren Schulen, organisieren Integration, treiben die Energiewende voran und sorgen dafür, dass Infrastruktur, Mobilität und Daseinsvorsorge funktionieren. Doch die Belastungen wachsen inzwischen schneller als die Handlungsspielräume.

KOMMUNALFINANZEN - DIE SCHIEFLAGE IST STRUKTURELL

Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich dramatisch verschärft.

Die Zahlen:

- Kommunale Finanzierungssalden 2024/2025: **über 10 Mrd. € Minus**
- Steuereinnahmen 2024: **+340 Mio. €**
- Sozialausgaben 2024: **+1,1 Mrd. €**

Das bedeutet: Noch bevor Straßen saniert, Schulen modernisiert oder Busverbindungen finanziert werden können, ist das zusätzliche Geld bereits mehrfach aufgebraucht. Und das eigentliche Problem ist: Die Kommunen dürfen bei den größten Ausgabenblöcken oft gar nicht sparen, weil der Bundesgesetzgeber gesetzliche Ansprüche und Standards definiert, die vor Ort umgesetzt und bezahlt werden müssen.

Deshalb bleibt die zentrale Forderung der Kommunen: „**Wer anschafft, der zahlt.**“

Bayern unterstützt die Kommunen – aber die Krise bleibt groß

Positiv ist: Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund steigt schrittweise:

- 2024: **12,75 %**
- 2027: **13,5 %**

Das ist ein wichtiges Signal und eine echte strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen.

Trotzdem gilt: Angesichts von über 10 Milliarden Euro Defizit in nur zwei Jahren reicht das alleine nicht mehr aus.

Die Landkreise fordern deshalb:

- Eine weitere Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund Richtung 15 %
- eine Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils von derzeit rund **2 % auf mindestens 6 %**
- sowie strukturelle Reformen bei den großen Kostentreibern im Sozialbereich.

Denn mit kleinen Einzelmaßnahmen lässt sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr schließen.

KINDER- UND JUGENDHILFE - EIN „PERFECT STORM“

Besonders dramatisch entwickelt sich derzeit die Kinder- und Jugendhilfe.

Dort treffen gleichzeitig aufeinander:

- steigende Fallzahlen,
- Fachkräftemangel,
- Tarifsteigerungen,
- teure Leiharbeit,
- neue Rechtsansprüche
- und fehlende Strukturen im Gesundheits- und Schulsystem.

Die Zahlen:

- Bundesweite Nettoausgaben 2024: **74,3 Mrd. € (+9,8 %)**
- Bayern: **10,9 Mrd. €**
- Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfe: **+16,5 % in nur einem Jahr**

Heimerziehung wird massiv teurer

Ein Heimplatz kostete vor wenigen Jahren oft noch:

- ca. **4.500 € pro Monat**

Heute liegen die Kosten häufig bei:

- **7.000–8.000 € pro Monat**
- komplexe Fälle:
bis zu 15.000 € monatlich

Ein Landkreis mit 100.000 Einwohnern zahlt für nur 50 Heimkinder schnell **über 4 Mio. € jährlich**.

Schulbegleitung explodiert

Die Ausgaben in Bayern stiegen:

- 2018: **48,5 Mio. €**
- 2024: **über 133,5 Mio. €**

Die Realität: Teilweise sitzen drei Kinder mit Förderbedarf und daneben drei einzelne 1:1-Schulbegleiter in einer Klasse.

Das ist:

- pädagogisch problematisch
- finanziell dauerhaft nicht tragbar
- und vielfach gar nicht mehr klassische Jugendhilfe.

Therapieplätze fehlen

Familien warten monatelang auf Therapieplätze.

Die Folge: Jugendämter finanzieren immer häufiger teure Ersatzmaßnahmen, damit überhaupt Hilfe stattfindet. So wird das Jugendamt zunehmend zum „**Reparaturbetrieb für strukturelle Defizite anderer Systeme**“.

Deshalb fordern die Landkreise:

- multiprofessionelle Teams an Schulen,
- Pooling-Modelle statt immer neuer 1:1-Begleitungen,
- einen deutlich stärkeren Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie,
- Unterstützung aus einem System: Was sich in der Schule abspielt, ist Sache der Schule
- und eine Begrenzung der Kostenexplosion bei Leiharbeit.

Denn: Nicht jeder gesellschaftliche Strukturfehler kann dauerhaft über die Jugendhilfe kompensiert werden.

SGB-VIII-REFORM - NEUE MILLIARDEN- LAST DROHT

Die geplante Reform der inklusiven Jugendhilfe würde die kommunalen Belastungen weiter massiv erhöhen.

Allein in Bayern:

- mindestens **506 zusätzliche Stellen**
- rund **49 Mio. € laufende Verwaltungskosten jährlich**
- zusätzliche Umstellungskosten
- neue Leistungsansprüche mit kaum kalkulierbaren Folgekosten

Die Landkreise fordern deshalb:

- keine Reform ohne vollständige Gegenfinanzierung,
- ein Moratorium bis zur vollständigen Gegenfinanzierung,
- Unterstützung aus einem System: Was sich in der Schule abspielt, ist Sache der Schule
- und systemische Lösungen statt immer weiterer Einzelfallansprüche.

Denn: Der Sozialstaat darf seine eigene Leistungsfähigkeit nicht überdehnen.

Sozialstaat und Bürokratie – zu kompliziert, zu langsam, zu teuer

Heute existieren parallel:

- Bürgergeld,
- Sozialhilfe,
- Wohngeld,
- Kinderzuschlag.

Mit jeweils:

- eigenen Behörden,
- eigenen Prüfungen,
- eigenen Zuständigkeiten,
- eigenen Kostenerstattungen.

Die Folge:

- hoher Verwaltungsaufwand,
- enorme Personalbindung,
- komplizierte Verfahren,
- lange Bearbeitungszeiten.

Teilweise beschäftigen sich Behörden inzwischen länger gegenseitig mit Zuständigkeitsfragen, als dass sie den Menschen helfen.

Die Landkreise fordern deshalb:

- einfachere Systeme,
- weniger Doppelstrukturen,
- und mehr Vertrauen in die kommunale Ebene.

GKV-BEITRAGSSTABILISIERUNGSGESETZ - GEFAHR FÜR DIE KOMMUNALE KLINIKLANDSCHAFT

Die kommunalen Krankenhäuser stehen ohnehin unter enormem wirtschaftlichem Druck. Das geplante GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz würde die Lage weiter verschärfen: **Rund 955 Mio. € Mehrbelastungen jährlich ab 2027** für die kommunalen Klinikträger in Bayern. Das Problem liegt dabei nicht primär bei den Kliniken selbst, sondern in der unzureichenden Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch den Bund.

Deshalb fordern die Landkreise:

- eine vollständige Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch den Bund,
- keine weiteren Kostenverlagerungen auf die kommunale Ebene

- und eine Krankenhausreform, die Versorgungssicherheit und Finanzierbarkeit zusammen denkt.

Denn: Geld, das eigentlich für Schulen, Straßen oder ÖPNV gedacht wäre, darf nicht dauerhaft zur Stabilisierung von Klinikdefiziten verwendet werden.

RETTUNGSDIENST UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ - SICHERHEIT BRAUCHT VERLÄSSLICHE STRUKTUREN

Auch bei der Reform der Notfallversorgung befürchten die Landkreise erhebliche Kostenverlagerungen auf die kommunale Ebene.

Risiken:

- Vorhaltekosten
- Rettungswachen
- Fahrzeuge
- Medizintechnik
- Fehleinsätze

Mögliche ungedeckte Kosten:

- Fehleinsätze:
ca. 130 Mio. € jährlich
- Fahrzeuge & Medizintechnik:
ca. 60 Mio. € jährlich

Deshalb fordern die Landkreise:

- eine auskömmliche Finanzierung,
- klare Zuständigkeiten,
- die Beibehaltung des bisherigen Systems mit einer finanziellen Unterstützung z.B. für die Modernisierung der verschiedenen ILS

Denn: Die operative Ebene des Bevölkerungsschutzes sitzt vor Ort – bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen und kommunalen Krisenstäben.

INFRASTRUKTUR UND ÖPNV - DER INVESTITIONSTAU WÄCHST

Viele Förderprogramme existieren zwar – doch oft fehlt den Kommunen der notwendige Eigenanteil. Pflichtaufgaben verdrängen zunehmend Investitionen.

Oder anders gesagt: „**Eine Straße kann man eine Zeitlang flicken.** Aber sie wartet nicht auf bessere Haushaltsjahre.“

ÖPNV wird immer teurer

Die kommunalen Eigenmittel im allgemeinen ÖPNV stiegen:

- 2014:
222 Mio. €
- 2024:
812 Mio. €

Die Finanzierungsreform hat vielfach vorhandene Mittel nur neu verteilt. Es gibt Gewinner – aber eben auch deutliche Verlierer. Der Bus fährt weiter – aber die Rechnung bleibt im Landkreis.

Deshalb fordern die Landkreise:

- eine nachhaltige ÖPNV-Finanzierung,
- verlässliche Beteiligung von Bund und Ländern
- und eine faire Verteilung der Mittel.

ENERGIEPOLITIK - DIE ENERGIEWENDE BRAUCHT EIN GESAMTKONZEPT

Die Landkreise stehen ausdrücklich zur Energiewende.

Aber:

Erzeugung,
Netzausbau,
Speicher,

Versorgungssicherheit

und regionaler Verbrauch müssen endlich zusammen gedacht werden.

Sonst steigen:

- die Systemkosten,
- die Energiepreise
- und die Akzeptanzprobleme vor Ort.

Deshalb fordern die Landkreise:

- technologieoffene Lösungen,
- regionale Steuerung,
- stärkere kommunale Beteiligung
- und mehr regionale Wertschöpfung.

Denn: Akzeptanz entsteht dort, wo die Menschen sehen: Die Region trägt die Lasten nicht nur – sie profitiert auch davon.

GEBÄUDESANIERUNG UND KLIMASCHUTZ - KLIMASCHUTZ MUSS LEISTBAR BLEIBEN

Neue energetische Sanierungspflichten betreffen insbesondere:

- Krankenhäuser,
- Schulen,
- Berufsschulen.

Die Landkreise unterstützen Klimaschutz ausdrücklich.

Aber: Hohe Investitionskosten,
zu knappe Fristen
und fehlende Gegenfinanzierung
bringen viele Kommunen an ihre Grenzen.

Deshalb fordern die Landkreise:

- realistische Fristen,
- belastbare Finanzierungskonzepte,
- und keine neuen Pflichten ohne Gegenfinanzierung.

Denn: Klimaschutz funktioniert dauerhaft nur, wenn er auch praktisch und finanziell leistbar bleibt.

ARTENSCHUTZ UND PLANUNGS- BESCHLEUNIGUNG - ZIELKONFLIKTE EHRlich LÖSEN

Artenschutz ist wichtig. Gleichzeitig erleben die Landkreise immer stärkere Zielkonflikte zwischen:

- Energiewende,
- Infrastrukturmodernisierung,
- Hochwasserschutz
- und immer komplexeren Genehmigungsverfahren.

Immer neue Gutachten, unterschiedliche Maßstäbe und jahrelange Verfahren bremsen Projekte zunehmend aus.

Deshalb fordern die Landkreise:

- einfachere Genehmigungen, keine Doppel- und Mehrfachprüfungen,
- klarere Prioritäten,
- mehr Standardisierung,
- mehr Verhältnismäßigkeit
- und insgesamt mehr Planungssicherheit.

Denn: „Wenn alles gleichzeitig höchste Priorität hat, kommt am Ende oft gar nichts mehr voran.“

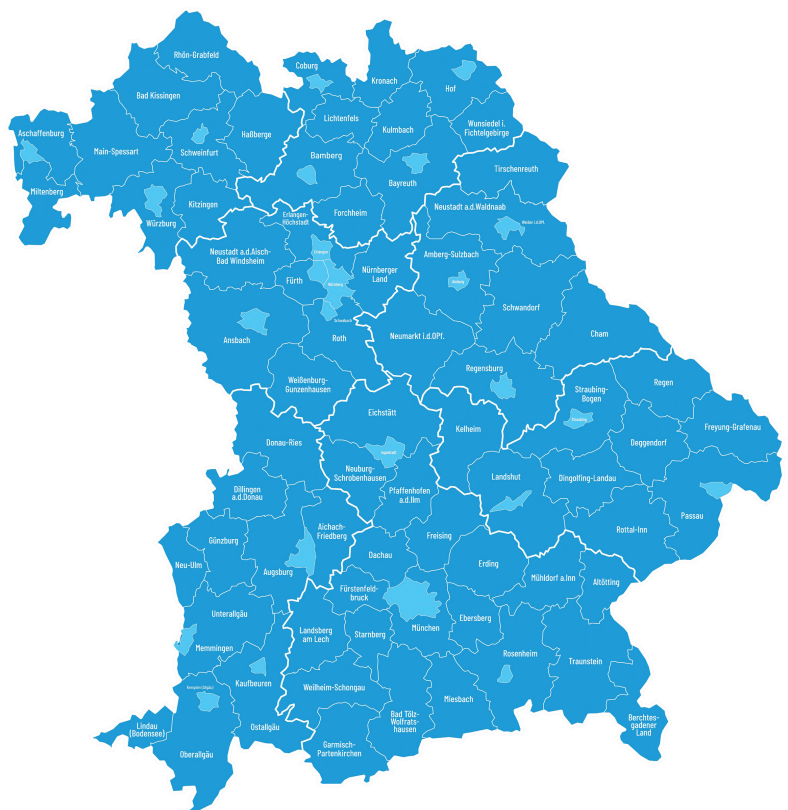
FAZIT

Die Landkreise jammern nicht. Sie übernehmen Verantwortung. Sie organisieren den Alltag des Staates vor Ort.

Aber dafür brauchen sie:

- stabile Finanzen,
- weniger Bürokratie,
- mehr Vertrauen
- und wieder Luft zum Arbeiten.

Denn: Nur starke Landkreise sichern am Ende auch ein starkes Bayern.



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik